

## Pressemitteilung

### Schuldenbremse als Vorwand für weniger Investitionen für Schulen

Die Elternschaft Düsseldorfer Schulen (EDS) ist gegen die Schuldenbremse. „Die Politik verschafft sich damit einen Vorwand, in Zukunft weniger in Schulen zu investieren“, erklärt die EDS-Vorsitzende Berit Zalbertus und fügt hinzu: „Unter dem Deckmantel des unbedingten Erhalts der Schuldenfreiheit kann dadurch nämlich nach Belieben bei der Schulsanierung gespart und dies durch die Schuldenbremse begründet bzw. rechtfertigt werden.“

Berit Zalbertus fordert daher Rat und Verwaltung auf, gemäß dem im Schulentwicklungsplan 2012 bis 2017 von der Stadt ermittelten sehr großen Investitionsbedarf für neue Schulen zu agieren und damit in die Bildung unserer Kinder zu investieren. Für die Bildung müssten bei Bedarf auch Kredite aufgenommen werden. Dies dürfe nicht an ideologischen oder parteipolitisch motivierten Dogmen scheitern.

Am 10.04.2014 will der Rat der Stadt Düsseldorf mit der Mehrheit von CDU und FDP eine Schuldenbremse beschließen, d. h. dass auch in der Hauptsatzung des Rathauses eine Nettoneuverschuldung ausgeschlossen wird. Zwar werden aus dem laufenden Haushalt Großprojekte finanziert, doch seitens der EDS wird befürchtet, dass Schulsanierungs- und Neubaumaßnahmen nicht in erforderlichem Maße dazugehören.

Berit Zalbertus fordert: „Die Nettoneuverschuldungen für den Schulsanierungs- und Neubau müssen im Sinne der Zukunft der Bildung ausdrücklich aus diesem Beschluss ausgenommen werden.“

In der Wirtschaft werden bereits Stimmen laut, dass Düsseldorf auch schon heute seine Attraktivität für viele Fachkräfte verloren hat, weil die Bildungsperspektiven für deren Kinder als nicht ausreichend bewertet werden.

Die demographische Entwicklung in Düsseldorf lässt die Kinder- und Schülerzahlen weiter steigen. Zwar hat die Stadt den Ausbau der Kita-Plätze forciert und setzt diesen Trend im Jahr 2014 auch weiter fort, doch plant sie wider besseren Wissens keine neuen Schulgebäude, obwohl bereits heute die weiterführenden Schulen aus allen Nähten platzen und mit Klassenstärken von über 30 Schülerinnen und Schülern zurechtkommen müssen.

Derzeit entstehen in großen Neubaugebieten insgesamt 13.600 neue Wohneinheiten, damit ist der Zuzug tausender weiterer Schulkinder vorprogrammiert.

Für Berit Zalbertus ist die Konsequenz klar: „Wir müssen in Düsseldorf mindestens eine Gesamtschule und ein Gymnasium neu errichten, um den fehlenden Raum- und Platzbedarf zu decken. Es kann nicht sein, dass über 250 Kinder für das Schuljahr 2014/2015 an den Gesamtschulen nicht angenommen werden konnten. Rein rechnerisch bedeutet dies, dass eine siebenzügige (!) bzw. zwei drei- bis vierzügige Gesamtschulen fehlen.“

Auch der Bereich der Grundschulen muss erweitert werden. Für das Schuljahr 2014/2015 wurden 500 Erstklässler mehr angemeldet als im Vorjahr. Normalerweise werden die Zusagen von den Grundschulen spätestens im Januar verschickt. Dies ist in diesem Jahr nicht geschehen, weil viele Eltern, deren Kinder nicht an ihrer Wunschschule angenommen werden konnten, auf andere Schulen „umberaten“ werden mussten. Es stellt sich die Frage, wie es dann in den nächsten beiden Jahren aussehen wird, wenn die Neubaugebiete von Familien bezogen werden und die Schülerzahlen weiter wachsen.

Nach Schätzungen der EDS benötigt die Stadt Düsseldorf kurzfristig zirka 200 Mio. Euro für den Ausbau des aktuellen Schulsystems. Hierzu zählen neben ein bis zwei neuen Gesamtschulen und einem neuen Gymnasium auch zusätzliche Grundschulen in Ballungsgebieten sowie die Durchführung von dringenden Sanierungs-, Aus- und Erweiterungsbauten wie beispielsweise in dem Gebäudekomplex der katholischen Grundschule St. Peter und der städtischen Regenbogenschule an der Jahnstraße. Und der Neubau des Albrecht-Dürer-Berufskollegs, der alleine vermutlich mit 50 Mio. Euro zu Buche schlagen wird.

„Wie sollen diese Maßnahmen umgesetzt werden, wenn die Stadt Düsseldorf in einer Niedrigzinsphase eine Schuldenbremse verankert?“ fragt sich die EDS-Vorsitzende Berit Zalbertus.

Die Elternschaft Düsseldorfer Schulen plädiert an die Stadtpolitiker, ihre Bildungspflichten und -aufgaben ernst zu nehmen und Gelder für Investitionen bereitzustellen.